



Niederschrift

Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss

20. Wahlperiode – 65. Sitzung

Finanzausschuss

20. Wahlperiode – 105. Sitzung

(öffentlicher Teil)

am Mittwoch, dem 17. September 2025, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Anwesende Abgeordnete des Wirtschafts- und Digitalisierungsausschusses

Claus Christian Claussen (CDU), Vorsitzender
Andreas Hein (CDU)
Lukas Kilian (CDU)
Peer Knöfler (CDU)
Rasmus Vöge (CDU)
Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Malte-Jannik Krüger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), in Vertretung von Nelly Waldeck
Thomas Hölck (SPD)
Kianusch Stender (SPD)
Dr. Bernd Buchholz (FDP)
Sybilla Nitsch (SSW)

Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses

Christian Dirschauer (SSW), Vorsitzender
Michel Deckmann (CDU)
Rixa Kleinschmit (CDU)
Tobias Koch (CDU), in Vertretung von Ole-Christopher Plambeck
Sönke Siebke (CDU)
Rasmus Vöge (CDU)
Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Birgit Herdejürgen (SPD)
Beate Raudies (SPD)
Annabell Krämer (FDP)

Weitere Abgeordnete

Uta Wentzel (CDU)
Malte Krüger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Marc Timmer (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Erhöhung der Trassenentgelte stoppen	4
Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
4	
Drucksache 20/2474 (neu)	
4	
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
4	
Umdruck 20/5235	
4	
2. a) Bericht der Landesregierung zur geplanten Übernahme von Northvolt durch Lyten	5
Antrag des Abgeordneten Dr. Bernd Buchholz (FDP)	
5	
Umdruck 20/5164	
5	
b) Sachstandsbericht der Landesregierung zur Wandelanleihe für den Bau der Batteriezellfabrik bei Heide	5
Antrag des Abgeordneten Kianusch Stender (SPD) in der 64. Sitzung des Wirtschafts- und Digitalisierungsausschusses am 10. September 2025	
5	
3. Aktenvorlagebegehren gemäß Artikel 29 Absatz 2 Satz 2 der Landesverfassung betreffend Wandelanleihe und TCTF-Förderung gegenüber Northvolt	20
Antrag der Fraktion der SPD	
20	
Umdruck 20/4137	
20	
4. Verschiedenes	22

Der Vorsitzende des Wirtschafts- und Digitalisierungsausschusses, Abgeordneter Claussen, eröffnet die gemeinsame Sitzung mit dem Finanzausschuss um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit beider Ausschüsse fest. Die Ausschüsse billigen jeweils die Tagesordnung in der vorstehenden Fassung.

Der Vorsitzende lässt über die Vertraulichkeit des [Umdrucks 20/5232](#) (Sachstand Northvolt/Lyten) abstimmen. – Abgeordneter Dr. Buchholz bittet zur Einstufung des [Umdrucks 20/5232](#) die Landesregierung, zukünftig darauf zu achten, dass nicht Informationen als vertraulich zu übermitteln, die bereits öffentlich bekannt seien. – Sodann beschließen die Ausschüsse jeweils einstimmig gemäß § 17 Absatz 2 der Geschäftsordnung, den [Umdruck 20/5232](#) vertraulich zu behandeln und die Inhalte geheim zu halten.

1. Erhöhung der Trassenentgelte stoppen

Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 20/2474](#) (neu)

(überwiesen am 26. September 2024)

hierzu: [Umdrucke 20/4444](#), [20/4541](#), [20/4553](#), [20/4557](#), [20/4568](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Umdruck 20/5235](#)

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt kurz zur abschließenden Beratung auf.

Abgeordneter Dr. Buchholz begründet sein Abstimmungsverhalten: Da die Koalitionsfraktionen mit dem zwischenzeitlich vorgelegten Änderungsantrag, [Umdruck 20/5235](#), dem, was er in der Sitzung am 10. September 2025 zu dem Antrag vorgetragen habe, Rechnung getragen hätten, könne er nunmehr zustimmen.

Der Ausschuss nimmt einstimmig den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, [Umdruck 20/5235](#), an. Ebenfalls einstimmig empfiehlt er dem Landtag, den Antrag der Koalitionsfraktionen, [Drucksache 20/2474](#) (neu), in so geänderter Fassung anzunehmen.

2. a) Bericht der Landesregierung zur geplanten Übernahme von Northvolt durch Lyten

Antrag des Abgeordneten Dr. Bernd Buchholz (FDP)
[Umdruck 20/5164](#)

hierzu: [Umdruck 20/5232](#) (vertraulich)

b) Sachstandsbericht der Landesregierung zur Wandelanleihe für den Bau der Batteriezellfabrik bei Heide

Antrag des Abgeordneten Kianusch Stender (SPD) in der 64. Sitzung des Wirtschafts- und Digitalisierungsausschusses am 10. September 2025

Der Vorsitzende des federführenden Wirtschafts- und Digitalisierungsausschusses, Abgeordneter Claussen, teilt mit, das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) sei der Einladung zur Teilnahme an den Beratungen nicht gefolgt.

Abgeordneter Dr. Buchholz begründet, sich zu dem Berichtsantrag, [Umdruck 20/5164](#), veranlasst gesehen zu haben, weil die Landesregierung ihrer Verpflichtung nicht nachgekommen sei, den Landtag offiziell in angemessener Weise über den Sachstand betreffend die Übernahme von Northvolt durch Lyten zu informieren.

Er führt aus, abgesehen von dem am gestrigen Tage vorgelegten [Umdruck 20/5232](#) stammten nahezu alle dem Parlament zu dem Thema vorliegenden Informationen aus der medialen Berichterstattung. Beispielsweise habe die Presse darüber berichtet, Lyten habe die deutschen Gesellschaften mit einem gesonderten Kaufvertrag erworben. Es sei nicht nachvollziehbar, warum es beim Erwerb des Mutterkonzerns für die Tochtergesellschaft eines gesonderten Kaufvertrags bedürfe.

Viele weitere Fragen ergäben sich, etwa die Frage, inwieweit die Landesregierung, die Bundesregierung oder die KfW gegenüber Lyten Zusagen hinsichtlich einer Förderung in Form von Subventionen, Beihilfen oder Sonstigem getroffen hätten. Informationen fehlten auch zur TCTF-Förderung, die Northvolt für den Standort Heide erhalten habe; denn die Bedingungen für diese Art der Förderung liefen Ende des Jahres aus und seien durch Lyten erkennbar nicht zu erfüllen. Darüber hinaus sei nach wie vor ungeklärt, wo genau sich die Change-of-Control-Klausel befinde und ob von dieser gegebenenfalls in welcher Art und Weise Gebrauch ge-

macht werden solle. Auch die bisher offiziell vorliegenden Informationen über das Unternehmen Lyten seien unzureichend, insbesondere was die Eigentümerstruktur angehe. Es stelle sich die Frage, wer vor einem entsprechenden Vertragsabschluss die Kapitaldienstfähigkeit des Unternehmens und Ähnliches prüfe und ob es dazu Gutachtaufträge der Landesregierung, der Bundesregierung, der KfW oder von anderer Seite gebe.

Abgeordneter Dr. Buchholz schließt, dies seien nur einige Beispiele für die Fülle der sich in diesem Zusammenhang stellenden Fragen. Es gelte alles in öffentlicher Sitzung zu beantworten, was in diesem Rahmen beantwortet werden könne. Abgesehen davon erwarte er, dass die Risikoprüfung von der Landesregierung dieses Mal intensiver als im Falle Northvolt durchgeführt werde und dies gegenüber dem Parlament transparent dargestellt werde.

Abgeordneter Stender begründet den von ihm in der 64. Sitzung des Wirtschafts- und Digitalisierungsausschusses gestellten Antrag. Er wünsche einen Bericht der Landesregierung dazu, welche Anstrengungen diese unternehme, um die im Rahmen einer Wandelanleihe für den Bau der Batteriezellfabrik bei Heide bereitgestellten 300 Millionen Euro dem Landeshaushalt wieder zuführen zu können, und wie sie die Chancen beurteile, dass dies gelinge.

Wirtschaftsminister Madsen führt einleitend aus, eine Einordnung der geplanten Übernahme werde dadurch erschwert, dass sich die vertraulichen Gespräche zwischen Lyten, dem Insolvenzverwalter von Northvolt sowie den Regierungen in Schweden und Deutschland erst am Anfang befänden. Klar sei, dass Lyten sehr großes Interesse an der Northvolt Drei Project GmbH in Heide habe, allerdings sei noch völlig offen, zu welchen Bedingungen und mit welchen Perspektiven.

Das Land sei regelmäßig in vertrauliche Gespräche eingebunden. Auf Details könne er nur in nicht öffentlicher Sitzung eingehen.

Der Minister fährt fort, das Vorhaben von Lyten, neben den schwedischen Aktivitäten von Northvolt auch die deutschen Northvolt-Gesellschaften übernehmen zu wollen, sei grundsätzlich zu begrüßen. Die Landesregierung sei nach wie vor der Überzeugung, dass der Aufbau einer Batteriezellproduktion benötigt werde, um nicht dauerhaft technologischen Entwicklungen hinterherzuhängen.

Lyten plane, nach der in einem ersten Schritt angestrebten Wiederaufnahme der Batteriezellproduktion in Schweden perspektivisch auch eine Batteriezellfabrik in Heide aufzubauen. An der Westküste gebe es durch das hohe Aufkommen an erneuerbaren Energien und das Vorhandensein geeigneter Flächen hervorragende Bedingungen für den Aufbau einer Batteriezellproduktion. Daher sollte dieser weiter mit den damit verbundenen positiven Effekten für die Region und für Schleswig-Holstein das Ziel sein.

Gleichwohl sei festzustellen, dass das Marktumfeld für den Aufbau einer Batteriezellproduktion derzeit schwierig und Northvolt nicht das einzige europäische Unternehmen sei, das beim Aufbau einer technisch anspruchsvollen Batteriezellproduktion gescheitert sei. Eine Reihe weiterer Projekte und Vorhaben sei in jüngerer Vergangenheit in Deutschland oder Europa beendet oder gar nicht erst begonnen worden. So habe Porsche mit seiner Tochtergesellschaft Cellforce kürzlich die Entwicklung einer konzerninternen Batteriezellproduktion eingestellt. VW mit PowerCo gehe eigene Schritte in Salzgitter und, wie in der vergangenen Woche bekannt geworden sei, wahrscheinlich auch in Spanien. Dennoch werde wichtig sein, diese Schlüsseltechnologie auch in Europa aufzubauen, um globale Abhängigkeiten zu reduzieren. Daher werde die Landesregierung vorhandenen Perspektiven auch weiterhin nachgehen.

Aus den Erfahrungen mit der gescheiterten Northvolt-Ansiedlung habe das Land gelernt. Es werde sich zusammen mit dem federführend zuständigen BMWI sehr genau anschauen, welche Planungen Lyten verfolge und unter welchen Bedingungen eine Übernahme vollzogen werden könne.

Lyten sei bislang hauptsächlich in den Vereinigten Staaten aktiv und wolle durch Übernahme der Northvolt-Gesellschaften seine Geschäftstätigkeit nun nach Europa erweitern. Lyten sei im Jahr 2015 im Silicon Valley gegründet worden. Der europäische Hauptsitz befinde sich in Luxemburg. Von Anfang an habe die Entwicklung neuer Materialien im Mittelpunkt gestanden, insbesondere die 3D-Graphen-Technologie, die vielfältige Einsatzmöglichkeiten in Batterien, Sensoren und anderen Hightech-Produkten eröffne.

Ein besonderer Teil der Arbeit liege im Bereich der Lithium-Schwefel-Batterien. Diese sollten eine Alternative zu herkömmlichen Lithium-Ionen-Systemen darstellen. Sie seien leichter, nutzten besser verfügbare Rohstoffe und hätten das Potenzial für eine deutlich höhere Energiedichte. Damit eröffneten sie neue Möglichkeiten, etwa für stationäre Energiespeicher, Elektrofahrzeuge oder sogar für die Anwendung in Luft- und Raumfahrt.

Im Laufe der Jahre 2024 und 2025 habe Lyten verschiedene Vermögenswerte des insolventen Batterieherstellers Northvolt erworben, um eigene Produktionskapazitäten, Forschungseinrichtungen und Produktportfolios zu sichern und auszubauen. Bereits im November 2024 habe Lyten die Cuberg Battery Manufacturing Facility in Kalifornien, ein Werk zur Herstellung von Lithium-Metall-Batterien und anderer Zelltechnologien, erworben, um die Produktion zu skalieren und die Nachfrage nach in den USA hergestellten Batterien zu befriedigen. Anfang Juli 2025 sei ein weiterer wesentlicher Kauf erfolgt. Lyten habe die Northvolt Dwa-ESS-Anlage in Danzig erworben, eine der größten Fabriken Europas zur Fertigung von Energiespeichersystemen, sogenannte BESS (Battery Energy Storage Systems). Lyten beabsichtige, die BESS-Produktion in Danzig sofort wieder aufzunehmen und strebe eine Produktionsauslieferung für das vierte Quartal 2025 an. Die Lieferungen sollten sich zunächst an bestehende europäische Kunden richten und danach auf globale Märkte ausgeweitet werden.

Am 7. August dieses Jahres habe Lyten bekannt gegeben, nunmehr alle verbindlichen Northvolt-Vermögenswerte in Schweden und Deutschland übernehmen zu wollen. Dazu gehörten im Wesentlichen Northvolt Ett und die Ett-Expansion in Skellefteå, Schweden, Northvolt Labs in Västerås in Schweden, das heißt das Forschungs- und Entwicklungszentrum, und Northvolt Drei in Heide, das heißt die im Aufbau befindliche Batteriefabrik mit zunächst etwa 15 Gigawattstunden Kapazität.

Lyten habe sich im Rahmen seiner bisherigen Batteriezellproduktion auf Lithium-Schwefel-Technologie spezialisiert. Diese Technologie werde derzeit unter anderem in Drohnen verwendet, da diese Batterien eine hohe Ladedichte bei geringerem Gewicht aufwiesen. Für das Nutzungsspektrum von Drohnen, von der industriellen Inspektion über die Logistik bis hin zu Rettungseinsätzen oder in der Rüstungsindustrie, seien leistungsfähige, leichte und sichere Energiespeicher entscheidend. Für die Automobilindustrie sei diese Technik bislang wegen der geringeren Ladezyklen und der Lebensdauer der Batterie, die noch zu gering sei, noch nicht geeignet. Mittelfristig werde aber angestrebt, diese Technologie für die Automobilindustrie weiterzuentwickeln. Der Automobilkonzern Stellantis sei beispielsweise einer der Investoren von Lyten.

Die Landesregierung werde sich zusammen mit dem BMW in den kommenden Wochen sehr genau anschauen, ob die vorzulegenden Planungen für den Standort Heide nachvollziehbar erschienen und wie erfolgreich zunächst der erneute Hochlauf der Produktion im schwedischen Werk Northvolt Ett vollzogen werden könne.

Der Minister berichtet hinsichtlich des aktuellen Stands der Übernahme, nach dem bereits erfolgten Signing für die Übernahme der schwedischen und deutschen Aktivitäten von Northvolt werde derzeit über die Erfüllung von Vollzugsbedingungen verhandelt. Im Anschluss sei die finale verbindliche Vertragsunterzeichnung, das sogenannte Closing, nach Aussage von Lyten noch in diesem Jahr geplant. Voraussetzung sei, dass die europäischen Regulierungsbehörden für Deutschland und Schweden ihre Zustimmung hierfür erteilen.

An den Gesprächen und Abstimmungen zur Übernahme der schwedischen Aktivitäten sei das Land nicht beteiligt. Über die Übernahme der deutschen Gesellschaft werde derzeit vertraulich beraten. Lyten habe erste Planungen für den Standort Heide vorgelegt. Diese Planungen müssten nun konkretisiert werden, um eine Einschätzung vornehmen zu können, ob das Geschäftsmodell für den deutschen Standort erfolgversprechend erscheine.

Minister Madsen geht kurz auf die Übernahme der kanadischen Aktivitäten von Northvolt durch Lyten ein, die gescheitert sei. Der Presse sei zu entnehmen gewesen, dass die kanadische Regierung die Übernahme nicht weiter unterstützen werde, weil Lyten nach Aussage der kanadischen Regierung eine hohe öffentliche Förderung gefordert haben solle. Stattdessen plane die kanadische Regierung, an Northvolt ausgegebene Fördergelder im Rahmen von Sicherheitsverwertungen zurückzufordern. Über diese Presseberichterstattung hinaus lägen der Landesregierung keine weiteren Detailinformationen zu den Entwicklungen in Kanada vor und könne zu diesem Sachverhalt nicht Stellung nehmen. Nach eigenem Bekunden von Lyten solle die Übernahme der europäischen Aktivitäten von Northvolt Priorität haben.

Das Land werde die Übernahme durch Lyten weiterhin sehr aufmerksam verfolgen, auch vor dem Hintergrund, das Projekt Northvolt in den vergangenen Jahren aktiv unterstützt und im Zuge der Insolvenz bereits 300 Millionen Euro im Rahmen einer Rückbürgschaft an den Bund geleistet zu haben. Nach Auffassung der Landesregierung gehe es bei den Gesprächen mit Lyten darum, den bestehenden Standort in Schleswig-Holstein zu stärken und langfristig tragfähige Strukturen zu schaffen. Ziel sei es, bereits getätigte Investitionen sinnvoll zu nutzen und die Perspektive für die Region nachhaltig zu verbessern.

Wie bereits einleitend ausgeführt, könne er über weitere Details zu den streng vertraulich geführten Verhandlungen nur in nicht öffentlicher Sitzung Auskunft geben, um den Übernahmeprozess nicht zu gefährden.

Wirtschaftsstaatssekretärin Carstens, Staatssekretärin führt aus, es treffe, dass der europäische Rechtsrahmen für die TCTF-Förderung Ende des Jahres auslaufe. Der derzeit noch gültige Bescheid für das Projekt in Heide verliere damit seine Gültigkeit. Nachfolger werde der sogenannte CISAF (Clean Industrial Deal State Aid Framework) sein. Wie der CISAF ausgestaltet sein werde und ob er auf das Projekt in Heide Anwendung finden könne, sei noch völlig offen. Da nur noch wenig Zeit bis zum Auslaufen der TCTF-Förderung verbleibe, werde auch auf Bundesebene davon ausgegangen, dass es in diesem Jahr keine Förderung nach den hierfür geltenden Regelungen mehr geben werde.

Es werde eine umfassende Prüfung des Unternehmens, der für die Genehmigung erforderlichen Unterlagen und des Business-Case geben. Eine Prüfung, bei der nach dem Grundsatz „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“ verfahren werde, sei aber erst dann möglich, wenn die konkrete Planung vorliege, was derzeit noch nicht der Fall sei. Dann werde auch in den Ausschüssen darüber berichtet werden, wie es bereits in der Vergangenheit zugesagt worden sei.

Die Antwort auf die Frage hinsichtlich der 300 Millionen Euro, von denen bekanntlich ein Teil in Baumaßnahmen in Heide geflossen sei, sei keine ganz triviale. Die Frage werde sich letztendlich erst dann beantworten lassen, wenn Lyten die konkrete Planung vorgelegt habe. Bei der dann zu treffenden Entscheidung, ob das Land die Pläne von Lyten für einen gangbaren Weg halte, werde ein Stück weit sicherlich auch die Wandelanleihe eine Rolle spielen.

Abgeordneter Stender meint, die Ausführungen der Staatssekretärin zeigten, dass die Landesregierung nach wie vor keinen konkreten Plan habe, wie die vom Land zur Verfügung gestellten 300 Millionen Euro wieder dem Landeshaushalt zugeführt werden könnten. Auch könne keine Rede davon sein, dass ein Teil der Mittel bereits in Baumaßnahmen in Heide geflossen sei; denn das Land habe die 300 Millionen wegen des Eintritts des Schadensfalls an den Bund zahlen müssen.

Abgeordneter Stender bittet Minister Madsen, den Ausschüssen im Nachgang zur Sitzung seinen Sprechzettel zu übermitteln ([Umdruck 20/5297](#)). Nach wie vor sei nicht erkennbar, wie es mit dem Standort Heide weitergehen solle; das geplante Projekt von Lyten stelle eine Blackbox dar. Die seit Monaten andauernde Unklarheit habe mittlerweile dazu geführt, dass Mitarbeitende, die für das Projektbüro vorgesehen gewesen seien, gekündigt hätten. Auch im Interesse der Region müsse alles darangesetzt werden, dass endlich Klarheit geschaffen werde.

Abgeordneter Stender bittet die Landesregierung um Auskunft darüber, ob sie an der Vision, in Schleswig-Holstein die grünste Batterie der Welt zu produzieren zu wollen, festhalte und wie sie das im Koalitionsvertrag verankerte Ziel, Schleswig-Holstein zu einem klimaneutralen Industrieland zu machen, angesichts des gescheiterten Northvolt-Projekts erreichen wolle. Es stelle sich die Frage, welche Auswirkungen dieses Scheitern auf die von Northvolt ursprünglich beabsichtigte Schaffung von 3.000 Arbeitsplätzen bei Northvolt und weiteren 3.000 bei Zulieferunternehmen habe und ob, wie von Northvolt ursprünglich geplant gewesen sei, am Standort Heide auch Autozellbatterien produziert werden sollten oder sich die Produktion künftig auf Batterien für Drohnen beschränken werde. Die Skepsis vor Ort sei mittlerweile sehr groß. Es sei unklar sei, ob möglicherweise noch die Änderung von Bauleitplänen erforderlich werde.

Abgeordneter Stender fragt weiter, ob Lyten bei einer Übernahme bis zum Jahresende auf der Grundlage des gültigen Förderbescheides Mittel aus der TCTF-Förderung in Anspruch nehmen könnte beziehungsweise ob und unter welchen Voraussetzungen eine Förderung nach CISAF im kommenden Jahr erfolgen könne.

Bezugnehmend auf die Antwort auf eine Kleine Anfrage, [Drucksache 20/3539](#), in der die Landesregierung mitgeteilt habe, die Rolle des Landes bei der Einigung auf einen Realisationsrahmen mit Lyten umfasse Fragen zur Finanzierung der deutschen Tochtergesellschaften von Northvolt sowie zu erforderlichen Genehmigungsprozessen, bittet Abgeordneter Stender um konkrete Angaben zu den Finanzierungsmaßnahmen, über die das Land mit Lyten verhandle.

Staatssekretärin Carstens betont, die Landesregierung habe ein großes Interesse daran, das Projekt in Heide zügig voranzubringen, auch um möglichst schnell Klarheit für die Betroffenen in der Region und an der gesamten Westküste zu schaffen. Weshalb Zweifel hieran zum Ausdruck gebracht würden, sei nicht nachvollziehbar. Die Frage einer TCTF-Förderung für Lyten stelle sich nicht mehr, da TCTF Ende 2025 auslaufe. Etwaige Fördermaßnahmen seien bislang nicht Gegenstand von Gesprächen mit Lyten. Bevor Überlegungen zu etwaigen möglichen weiteren Fördermaßnahmen angestellt werden könnten, heiße es, die konkrete Projektplanung des Unternehmens abzuwarten.

Abgeordnete Nitsch bemerkt, die seitens der Opposition zum Ausdruck gebrachten Zweifel etwa daran, dass die Landesregierung bei der Prüfung des in Rede stehenden Sachverhalts mit ausreichender Gründlichkeit vorgehe, beruhten auf den Erfahrungen im Zusammenhang

mit der gescheiterten Ansiedlung von Northvolt. Die den Abgeordneten vorliegenden Informationen zu einer etwaigen Übernahme durch Lyten stammten in der Tat größtenteils aus der Presse. Dies verdeutliche die Notwendigkeit, dass die gestellten Fragen beantwortet würden. Insbesondere bitte sie darum darzulegen, wie die Landesregierung das Parlament in den kommenden Monaten über den Stand der Übernahmeverhandlungen zu informieren gedenke.

Abgeordnete Nitsch bittet Minister Madsen um eine Konkretisierung des jeweiligen Zeitraums zu den Aussagen, dass Lyten plane, perspektivisch eine Batteriezellfabrik in Heide aufzubauen, und dass die von Lyten vorgesehene Batteriezellproduktion mittelfristig auch für die Automobilindustrie infrage komme. Ferner wolle sie wissen, ob im Zuge der Umstellung von TCTF auf CISAF eine Änderung der Zweckbestimmung dahin gehend möglich sei, dass diese sich nicht auf eine Batteriezellenproduktion für die Automobilindustrie, sondern auf eine Batteriezellenproduktion für andere Bereiche beziehe, und ob es sich künftig um ein Unternehmen der Rüstungsindustrie handeln werde.

Minister Madsen wiederholt, um die gestellten Fragen beantworten zu können, die Vorlage der Planungen Lytens abgewartet werden müsse. Die Ausgangslage sei anders als vor zwei Jahren, weil Lyten bereit sei, vorhandene Assets zu übernehmen und erst einmal gegenüber Bund, Land und KfW darlegen müsse, was genau geplant sei. Daher könne die Landesregierung derzeit noch nicht sagen, was genau in welchen Zeitabläufen geplant sei.

Der Minister betont, nicht spekulieren zu wollen, doch nehme er an, dass Lyten in einem ersten Schritt die Batteriezellproduktion in Schweden hochfahren werde, bevor irgendwann weitere Schritte zu anderen Themen folgten. Er sei nicht der CEO von Lyten und wisse nicht genau, was für wann geplant sei. So habe er die Formulierung gewählt, dass Lyten plane, perspektivisch eine Batteriezellfabrik in Heide aufzubauen. Den Zeitrahmen hierfür könne er derzeit ebenso wenig präzisieren wie bezüglich seiner Aussage, dass die von Lyten vorgesehene Batteriezellproduktion mittelfristig auch für die Automobilindustrie infrage komme. Fakt sei, dass die von Lyten verwendete Technologie derzeit nicht autobatterietauglich sei und wegen der hohen Ladedichte in Drohnen und Ähnlichem verbaut werde.

Da eine Herstellung in Großproduktion bislang nicht möglich gewesen sei, dürfte seitens Lyten großes Interesse an einer Gigafabrik bestehen, um die Skalierbarkeit darstellen zu können. Erst wenn das Konzept beziehungsweise der Business Case von Lyten vorlägen, könne das Parlament darüber informiert werden und eine Diskussion geführt werden, ob das Konzept

tragfähig sei. Der Minister wiederholt seinen Hinweis, wie schwierig das Marktumfeld für den Aufbau einer Batteriezellproduktion derzeit sei. Es bestehe die Chance, nach Vorliegen des Business Case genau zu schauen, was Lyten gegenüber dem ursprünglichen Konzept anders machen wolle. Mit der Qualität des Business Case hänge letztlich auch das weitere Verfahren bezüglich der 300 Millionen Euro zusammen. Dass die Landesregierung sich hierzu noch nicht festlegen könne, habe nichts mit Planlosigkeit zu tun. Lyten habe klar den Auftrag erhalten, einen nachvollziehbaren Business Case vorzulegen. Sobald er vorliege, werde das Parlament selbstverständlich informiert.

Abgeordneter Dr. Buchholz bekundet, anders als er es bei dem Abgeordneten Stender wahrnehme, Verständnis dafür, dass eine gründliche Prüfung Zeit brauche, gerade nach den Erfahrungen mit Northvolt zwingend erforderlich sei und noch am Anfang stehe. Gleichwohl kritisiere er die Informationspolitik der Landesregierung.

Abgeordneter Dr. Buchholz führt aus, dass die Landesregierung im Herbst 2022 Gespräche mit dem Bundeswirtschaftsministerium zu Fragen der Finanzierung, der Wandelanleihe und sonstigen Themen aufgenommen habe, das Parlament dazu jedoch erst im Juli 2023 in der Mittagspause einer Plenartagung, verbunden mit der Bitte um Zustimmung zu einer Verwaltungsvereinbarung, informiert habe. Diese Art des Umgangs sei nicht angemessen. Er lege, auch an den Chef der Staatskanzlei gerichtet, Wert darauf, dass das Parlament so informiert werde, dass es die einzelnen Schritte des Prozesses nachvollziehen könne. Er gehe davon aus, dass, wenn der Förderbescheid Ende 2025 mit Auslaufen der TCTF-Förderung seine Gültigkeit verliere, weil die auslaufe, eine neue Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund und erneut der Zustimmung des Parlaments bedürfe.

Dass die Vorlage eines Businessplans Lytens für Heide abgewartet werden müsse, sei durchaus nachvollziehbar, so Abgeordneter Dr. Buchholz. Doch sei die Landesregierung an dem schwedischen Insolvenzverfahren mittelbar beteiligt, und damit ein Closing in Schweden erfolgen könne, müssten die Gläubiger der Northvolt AB, unter anderem die KfW, dem Prozess insgesamt zustimmen. Für das Land laufe eine Zustimmung sicherlich auf einen Verzicht auf den Rückzahlungsanspruch aus der Wandelanleihe hinaus. Es sei nicht vorstellbar, dass jemand bereit sei, die schwedischen Aktivitäten zu übernehmen, blieben auf der Ebene von Northvolt AB 600 Millionen Euro eines Gläubigers bestehen.

Abgeordneter Dr. Buchholz bittet um Auskunft darüber, inwieweit das Land vom BMW und von der KfW eingebunden werde und ob sich das Ziel, Signing und Closing noch in diesem Jahr, lediglich auf den schwedischen Vertrag, den Lyten unterzeichnet habe, oder auch auf den deutschen Vertrag beziehe. Sofern ein Closing im Hinblick auf den deutschen Vertrag 2025 stattfinden solle, bitte er um Vorlage der Bedingungen, die erfüllt werden müssten. Der Vertragsschluss für die Aktivitäten in Heide werde wohl kaum ohne Klarheit über die Förderbedingungen gelingen. Bis zum Closing müsse auch geklärt sein, inwieweit das Land Schleswig-Holstein involviert sei.

Lyten habe einen Übernahmefahrplan veröffentlicht, so Abgeordneter Dr. Buchholz weiter. Danach habe die Übernahme der Batteriespeicher und der Patente sowie des geistigen Eigentums von Northvolt oberste Priorität. An zweiter Stelle stehe die Übernahme des Standortes Danzig und an dritter Stelle die Übernahme der Anlagen in Schweden. Erst danach werde die Übernahme der Anlagen in Deutschland genannt. Er bitte um Aufklärung bezüglich eines Closings für Deutschland zum Dezember.

Abschließend fragt Abgeordneter Dr. Buchholz, warum für den Erwerb des Mutterkonzerns und der Tochtergesellschaft zwei Verträge geschlossen würden beziehungsweise ob der Vertrag zur Übernahme der deutschen Aktivitäten andere Bedingungen enthalte als der schwedische.

Der Chef der Staatskanzlei Minister Schrödter versichert, die Landesregierung werde das Parlament umfassend, nötigenfalls kurzfristig in Ausschusssitzungen informieren. Die hierzu erforderlichen Unterlagen werde die Landesregierung zur Verfügung stellen. Vor etwa zwei Wochen habe im BMW ein Gespräch mit dem CEO von Lyten stattgefunden, an dem er, Minister/CdS Schrödter vor Ort und Minister Madsen und Frau Staatssekretärin Carstens online teilgenommen hätten. Es sei um die Vorlage der aus Sicht des Unternehmens erforderlichen Closing-Bedingungen gegangen. Dabei spiele natürlich das Thema Finanzierung eine Rolle. Es sei ein normaler Prozess, dass noch viele Fragen zu klären seien. Er selbst habe in dem Gespräch die klare Anforderung formuliert, dass Businesspläne zu erarbeiten seien, um eine Bewertung vornehmen und die weiteren Schritte besprechen zu können.

Minister Schrödter bittet um Verständnis, dass es in der gegenwärtigen Situation noch nicht möglich sei, die zum Teil hochkomplexen Fragen zu beantworten, beispielsweise die Frage

zur Wandelanleihe im Zusammenhang mit dem Insolvenzverfahren in Schweden. Diesbezüglich gebe es unterschiedlichste Interessengruppen, und es bedürfe einer intensiven Erörterung. Dass versuche, entsprechend dem Unternehmen gestellt zu werden, dessen Aktivitäten es übernehme, liege es in der Natur der Sache. Auch dies sei Gegenstand der Erörterungen. Dass das Closing Ende 2025 stattfinden solle, gehe auf Angaben des Unternehmens zurück; es bleibe abzuwarten, ob es gemeinsam gelingen werde. Selbstverständlich werde die Landesregierung das Parlament über Fragen, die im laufenden Prozess geklärt würden, soweit möglich in öffentlicher, ansonsten in vertraulicher Sitzung informieren.

Minister Schrödter betont abschließend, die Landesregierung stehe in engem Austausch mit der Region und informiere regelmäßig über die einzelnen Prozessschritte. Dies werde vor Ort sehr positiv aufgenommen.

Zur Frage der Abgeordneten Nitsch betreffend TCTF, teilt Staatssekretärin Carstens ergänzend mit, da die TCTF-Förderung Ende 2025 auslaufe, müssten die Förderbedingungen für die künftige CISAF-Förderung auf EU-Ebene neu verhandelt werden.

Abgeordneter Timmer bemerkt, das Marktumfeld für die Batteriefertigung sei in der Tat ein schwieriges. Dies sei bereits vor einem Jahr der Fall gewesen. Bei der Beurteilung des Business Case von Lyten werde es entscheidend auf die Prognose hinsichtlich der Erfolgswahrscheinlichkeit ankommen, ob im Bereich Auto- oder Drohnenbatterietechnologie. Er wolle wissen, ob die Prüfung der Erfolgswahrscheinlichkeit des Konzepts von Lyten anders als im Falle von Northvolt gehandhabt werde und Lehren aus der Vergangenheit gezogen würden. Seinem Eindruck nach habe die Prüfung bei Northvolt im Schwerpunkt beim Bund gelegen.

Minister Madsen gibt zur Kenntnis, aus Gesprächen mit Branchenvertretern schließe er, dass die Insolvenz Northvolts auch Automobilkonzerne wie Mercedes oder VW und den Verband der Deutschen Automobilindustrie überrascht habe. Northvolt habe über einen hohen Auftragsbestand und viele Investitionsmittel verfügt. Nunmehr dürfte es noch schwieriger sein, für dieses Geschäftsmodell im Bereich Batteriezellproduktion Mittel einzuwerben. Es werde, wenn der Businessplan vorliege, darum gehen zu prüfen, ob es auch abgesehen von der Automobilbranche in anderen Bereichen eine Zukunftsperspektive für Investoren gebe.

Zu der Frage, ob es künftig Änderungen bei der Prüfung der Erfolgswahrscheinlichkeit geben werde, sei festzustellen, dass im Fall Northvolt sowohl auf parlamentarischer Ebene als auch

ministeriell eine intensive Prüfung erfolgt sei. Seiner Einschätzung nach hätten auch internationale Investoren eine umfassend geprüft. Im Falle Lyten werde es eine ebenso intensive Prüfung geben. Im Austausch mit dem Parlament werde hoffentlich eine richtige Entscheidung fallen.

Abgeordneter Kilian führt aus, möglicherweise bestehe in Heide die Chance auf eine ähnliche Entwicklung wie in Grünheide, wo aus einem nicht fertiggestellten BMW-Werk innerhalb kurzer Zeit die Tesla-Fabrik entstanden sei. Dass es für den Standort Heide einen Interessenten gebe, sei eine gute Nachricht. Selbstverständlich sei eine gründliche Prüfung erforderlich und nehme Zeit in Anspruch. Er begrüße, dass die Opposition dies in Teilen ebenso sehe. Seinem Eindruck nach bestehe interfraktionell Einigkeit über das Ziel einer industriepolitischen Entwicklung am Standort Heide. Abgeordneter Kilian wirft dem Abgeordneten Stender eine widersprüchliche Argumentation vor und mit seinem Beitrag hauptsächlich Zitate für die Presse zu produzieren. Einerseits solle Gründlichkeit vor Schnelligkeit gehen, andererseits fordere Abgeordneter Stender, endlich Klarheit für die Region herbeizuführen. Dies werde der Sachlage nicht gerecht. Stattdessen müsse es jetzt darum gehen zu prüfen, wie realistisch die Planungen seien, ob Fördermittel übertragen werden könnten und inwieweit dies zustimmungsfähig sei.

Abgeordneter Kilian betont, dass nicht der Eindruck erweckt werden sollte, es bisher investierte Fördermittel seien sämtlich verloren. Derzeit laufe die Prüfung, wie sich mit den bestehenden Maßnahmen, die Entwicklung in Schleswig-Holstein voranbringen lasse. Das Konzept Lytens müsse abgewartet und eingehend geprüft werden, um entscheiden zu können.

Frau Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein, bemerkt, sie sei sich nicht sicher, ob es durch eine mögliche Übernahme durch Lyten gelingen werde, die Abhängigkeit von anderen Staaten zu reduzieren. Lyten sei kein europäisches, sondern ein amerikanisches Unternehmen; welche Interessen es tatsächlich verfolge, sei nicht klar. Da über die schwedischen Verhandlungen mit dem Mutterkonzern kaum Informationen vorlägen stelle sich die Frage, wie ein Geschäftsmodell für Schleswig-Holstein entwickelt werden solle, ohne beispielsweise zu wissen, um welche Kapazitäten und um welche Art von Batterien es gehe, wie viele Mittel benötigt würden und wie viele Sicherheiten der Mutterkonzern habe. Gerade der Fall Northvolt habe die Abhängigkeit vom Mutterkonzern deutlich vor Augen geführt.

Es stelle sich in der Tat die Frage, so die Rechnungshofpräsidentin weiter, weshalb zwei Verträge geschlossen werden müssten. Wenn allerdings der Vertrag betreffend die schwedischen Aktivitäten bereits geschlossen worden sei, seien die Rahmenbedingungen festgelegt. Dies ermögliche es Schleswig-Holstein zu betrachten, welcher Spielraum für die wirtschaftlichen Interessen des Landes bestehe. Es sei im Hinblick auf die bereits getätigten Investitionen des Landes zwar grundsätzlich richtig, dass ein großes Interesse daran bestehen müsse, dass Lyten auch den Standort Heide übernehme. Jedoch müssten Kosten und Nutzen sorgfältig gegeneinander abgewogen werden, zumal es um weitaus mehr als um 300 Millionen Euro gehe. So habe Lyten bereits die Erwartung geäußert, weitere staatliche Fördermittel zu erhalten.

Präsidentin Schäfer erkundigt sich danach, in welchem Umfang Land und Bund bei Auslaufen der TCTF-Förderung rechtlich verpflichtet seien, bisherige Zusagen auch gegenüber Lyten einzuhalten. – Minister Madsen bittet um Verständnis, dass er hierzu nur in nicht öffentlicher Sitzung Stellung nehmen könne.

Auf Nachfrage des Abgeordneten Hölck betont Minister Madsen, die TCTF-Förderung laufe Ende 2025 aus. Es sei wenig realistisch, davon auszugehen, dass noch Mittel aus diesem Programm in Anspruch genommen werden könnten; denn erst wenn das endgültige Konzept von Lyten vorliege, werde darüber entschieden werden können, ob dieses unterstützt werden könne. Abgesehen davon, dass die Rahmenbedingungen für das neue Förderprogramm CISAF noch nicht festgelegt seien, müsste ein Unternehmen, um überhaupt Mittel aus dem neuen Programm erhalten zu können, zunächst einen entsprechenden Förderantrag stellen.

Abgeordnete Herdejürgen nimmt Bezug auf Angaben zur Zeitplanung laut dem vertraulichen [Umdruck 20/5232](#). Diese stünden in Widerspruch zu in der Sitzung von der Landesregierung vorgetragenen Informationen, dass das Closing für Ende des Jahres geplant sei. Die Abgeordnete fragt, ob es die im Umdruck genannte Zeitangabe eine Einschätzung der Landesregierung oder Planungen von Lyten wiedergebe.

Der Vorsitzende des federführenden Wirtschafts- und Digitalisierungsausschusses, Abgeordneter Claussen, schlägt im Hinblick auf die Vertraulichkeit des Umdrucks vor, diese Frage im vertraulichen Teil der Sitzung zu behandeln. – Minister Madsen erklärt, er sei gern bereit, im vertraulichen Teil der Sitzung dazu Stellung zu nehmen.

Abgeordneter Dr. Buchholz macht darauf aufmerksam, dass dem Finanzministerium in § 8 Absatz 24 des Haushaltsentwurfs 2026 eine Ermächtigung eingeräumt werde, Ansätze in Höhe der TCTF-Förderung, nämlich von 136,4 Millionen Euro, auszubringen, obwohl die Förderung Ende 2025 auslaufe und der Förderbescheid seine Gültigkeit verliere. Die Bedingungen für die CISAF-Förderung müssten, auch was die Größenordnung der Mittel angehe, komplett neu verhandelt werden. Zwar sei es durchaus verständlich, wenn das übernehmende Unternehmen die gleichen finanziellen Rahmenbedingungen einfordere wie Northvolt; eine rechtliche Verpflichtung bestehe jedoch nicht. Ebenso wenig nachvollziehbar sei die Ermächtigung zur Ausbringung einer Bürgschaft des Landes in Höhe von einer Milliarde Euro in § 18 Absatz 8 des Haushaltsentwurfs. Selbst gegenüber Northvolt hätten die Voraussetzungen für die Ausbringung einer Bürgschaft nach der Bürgschaftsrichtlinie des Landes nicht vorgelegen. Da weder die Gesamtfinanzierung gesichert gewesen noch die Kapitaldienstfähigkeit des Unternehmens nachgewiesen worden sei, sei im Falle Northvolt über eine Bürgschaft nicht beschlossen worden. Da über Lyten noch viel weniger Informationen als seinerzeit über Northvolt vorlägen und man bei den Verhandlungen erst am Anfang stehe, plädiere er im Sinne der Haushaltsklarheit und -wahrheit dafür, beide Regelungen aus dem Haushaltsentwurf zu streichen. Beide müssten unter Beteiligung des Parlamentes neu verhandelt werden. Im Übrigen sei ein Großbürgschaftsprogramm für ein Start-up-Unternehmen, das das unternehmerische Risiko nahezu komplett auf die öffentliche Hand abwälze, ordnungspolitisch sozusagen Kamikaze. Dem werde seine Fraktion nicht zustimmen.

Frau Dr. Schneider, Ministerin für Finanzen, erklärt, die Irritationen, die die Ermächtigung im Haushaltsentwurf hervorrufe, seien aus heutiger Sicht nachvollziehbar. Allerdings weise sie darauf hin, dass der Haushaltsentwurf im Juli im Kabinett beraten worden sei und somit zu einem Zeitpunkt, als nicht völlig auszuschließen gewesen sei, dass in diesem Jahr nicht doch noch ein Nachfolger für Northvolt gefunden werden könne, der die Voraussetzungen für die TCTF-Förderung erfülle. Mit den Haushaltsansätzen habe eine Auszahlung im Jahre 2026 ermöglicht werden sollen. Damit habe die Landesregierung das wichtige politische Signal verbunden, dass alles getan werde, um die Voraussetzungen für eine Ansiedlung am Standort Heide zu schaffen. Heute sei klar, dass die TCTF-Förderung Ende 2025 auslaufe und es unrealistisch sei, dass diese noch in Anspruch genommen werden könne. Daher werde die Ermächtigung nicht mehr benötigt und im Wege der Nachschiebeliste gestrichen werden.

Auf Fragen der Abgeordneten Krämer teilt Ministerin Dr. Schneider mit, auch die Ermächtigung zur Ausbringung einer Bürgschaft des Landes in Höhe von einer Milliarde Euro werde gestrichen werden. Im Übrigen habe man sich mit der Ausbringung der Ermächtigung in Höhe der TCTF-Förderung im Haushalt 2026 die Option erhalten wollen, dass die Bewilligung in 2025 und die Auszahlung in 2026 erfolge. Wenn seitens der Landesregierung die sichere Einschätzung vorhanden sei, dass eine TCTF-Förderung in diesem Jahr auf keinen Fall mehr in Anspruch genommen werden könne, würden mit dem zweiten Nachtrag auch die Ansätze aus dem Haushalt 2025 gestrichen werden.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Claussen, unterbricht die öffentliche Sitzung von 11:25 Uhr bis 12:30 Uhr für einen nicht öffentlichen und vertraulichen Sitzungsteil.

Abgeordnete Raudies erklärt, sie erwarte von der Landesregierung eine andere Art und Weise der Information als im Fall Northvolt. Nach Beendigung der nicht öffentlichen Sitzung sei festzustellen, dass man insoweit nur in Teilen auf einem guten Weg sei. Ihrer Ansicht nach sei es eine Bringschuld der Landesregierung, dem Parlament so schnell wie möglich alle aktuellen Informationen und damit verbundenen Einschätzungen zur Kenntnis zu geben.

3. Aktenvorlagebegehren gemäß Artikel 29 Absatz 2 Satz 2 der Landesverfassung betreffend Wandelanleihe und TCTF-Förderung gegenüber Northvolt

Antrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 20/4137](#)

hierzu: Umdrucke [20/3493](#) (vertraulich), [20/3679](#) (vertraulich), [20/3796](#) (vertraulich, geschwärzt öffentlich als [20/5114](#)), [20/3893](#) (vertraulich, geschwärzt öffentlich als [20/5115](#)), [20/4043](#) (vertraulich, geschwärzt öffentlich als [20/5116](#)), [20/4115](#), [20/4137](#), [20/4138](#), [20/4211](#), [20/4216](#), [20/4348](#), [20/4480](#), [20/4481](#), [20/4493](#), [20/4545](#), [20/4560](#), [20/4561](#) (vertraulich), [20/4575](#), [20/4589](#), [20/4591](#) (neu), [20/4646](#), [20/4656](#), [20/4657](#), [20/4658](#), [20/4672](#), [20/4675](#), [20/4679](#), [20/4687](#) (vertraulich), [20/4748](#) (neu 2. Fassung), [20/4804](#), [20/4806](#) (neu 2. Fassung), [20/4807](#) (vertraulich), [20/4828](#), [20/4832](#), [20/4839](#) (neu), [20/4867](#) (neu), [20/4892](#), [20/4895](#), [20/4933](#), [20/4941](#), [20/4945](#), [20/4947](#) (vertraulich), [20/4955](#), [20/4964](#), [20/5017](#), [20/5064](#), [20/5077](#), [20/5109](#), [20/5110](#), [20/5111](#), [20/5112](#), [20/5113](#), [20/5117](#) (vormals vertraulich als [20/4062](#)), [20/5139](#) (neu), [20/5231](#)

Einstimmig nimmt der Finanzausschuss die neu zum Thema Northvolt hinzugekommenen folgenden Umdrucke zur Kenntnis: [20/5109](#) bis [20/5117](#), [20/5077](#), [20/5017](#), [20/5064](#), [20/6139](#) (neu) und [20/5231](#).

Die Ausschüsse stimmen dem Antrag der Abgeordneten Nitsch auf Entstufung von Aktenbestandteilen gemäß [Umdruck 20/5248](#) einstimmig zu. – Staatssekretärin Carstens sagt die Prüfung der Möglichkeit durch die Landesregierung zu. – Minister Schrödter weist auf mögliche Schwierigkeiten bei der Vorlage von Aktenbestandteilen hin, insofern als sich diese wegen der laufenden Prüfung des Landesrechnungshofs bei diesem, nicht bei der Landesregierung befänden.

Herr Albrecht, Senatsmitglied des Landesrechnungshofs, stellt in Aussicht, die Akten bei Bedarf zügig zur Verfügung stellen zu können. Aufgrund des Umfangs und Ablauf des Prüfungsverfahrens sei nicht davon auszugehen, dass eine Befassung der Ausschüsse des Landtags vor Anfang 2026 erfolgen könne.

Auf Antrag des Abgeordneten Dr. Buchholz beschließen beide Ausschüsse einstimmig, sich mit der Bitte an die Bundestagspräsidentin und an den Präsidenten des Bundesrechnungshofs zu wenden, das bislang vertrauliche Gutachten des Bundesrechnungshofs zur Förderung von Northvolt zur Verfügung zu stellen.

Die Ausschüsse vertagen die weitere Beratung zur Aktenvorlage Northvolt auf die Zeit nach Vorlage des Sonderberichts des Landesrechnungshofs und gegebenenfalls des Gutachtens des Bundesrechnungshofs.

Die Ausschüsse bitten die Landesregierung um Verlängerung der Akteneinsicht bis mindestens Ende des Jahres 2025.

4. Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Claussen, schließt die Sitzung um 12:50 Uhr.

gez. Claus Christian Claussen
Vorsitzender

gez. Svenja Reinke-Borsdorf
Geschäfts- und Protokollführerin